



Liebe Leserinnen und Leser,

Sie halten nun den neuen Rundbrief mit folgenden Themen in Ihren Händen:

Michael Hellstern war in Japan und hat Hiroshima besucht, seine Eindrücke beschreibt er auf dieser Seite.

Die zweite Runde der Verhandlungen zu einem weltweiten Atomwaffenverbot bei den Vereinten Nationen findet statt – ohne Deutschland. Dies wurde auch von pax christi in einem offenen Brief an Außenminister Gabriel kritisiert, den wir abdrucken. Außerdem möchten wir das Thema »Europa« wieder verstärkt in den Mittelpunkt rücken und haben einen klaren Standpunkt zu Rechtsextremismus in der Nummer 62.

Drei Frauen und ein Mann haben ihre Meinung geschrieben, warum sie wählen gehen; es sind interessante Begründungen, die zeigen, dass das politische Interesse durchaus da ist. Die heiße Zeit des Wahlkampfes hat begonnen, und mit dem Leserbrief unseres Vorsitzenden Reinhold Gieringer möchten wir dazu ermuntern, sich in den kommenden Wochen einzumischen und sich zu positionieren.

Eine kurze Einschätzung des aktuellen Rüstungsexportberichts ist ebenfalls zu lesen. Am 1. Juli 2017 meinte Bischof Gebhard Fürst in Rottenburg: »Wenn eine Mentalität in unserer Kirche mehr und mehr Platz greift und das Bewusstsein wächst, dass Waffen keinen Frieden schaffen, dann denk ich auch, dass das einen Einfluss hat auf die Politik. Wir müssen – jetzt kommen auch Wahlen – in den Wahlveranstaltungen die Abgeordneten darauf ansprechen, wie sie es damit halten!«

Mit dieser Ausgabe 62 hatte ich seit sechs Jahren und 17 Ausgaben die Verantwortung für den Rundbrief inne. Es ist nun an der Zeit, diese in andere Hände zu geben und Danke zu sagen. Es war eine sehr schöne Zeit mit einem wunderbaren Team, bestehend aus Birgit Weber für das Layout, die ebenfalls die Mitarbeit am Rundbrief beendet und von der ich gerne ihre herzlichen Segenswünsche an das gesamte Leitungsteam, alle Mitglieder und Freunde/Freundinnen von pax christi übermittle, sowie mit meinem Redaktionskollegen Christian Turrey. Mir war wichtig, interessante Themen in unsere Mitgliederzeitschrift zu bringen und über Veranstaltungen und Aktionen zu berichten als Bindeglied unseres Verbandes zu Ihnen. Ich hoffe, wir konnten oft Ihr Interesse wecken, Diskussionen anregen und miteinander für den Frieden unterwegs sein.

Pace e bene



Ihre

Susanne Hellstern

Susanne Hellstern

Nur die Schatten blieben zurück



6. August 1945, um 8.15 Uhr: Die Schülerin Tomiko Umekita ist gerade mit ihrer Klasse mit Aufräumarbeiten an einem demolierten Haus beschäftigt, als es passiert: Ein heller Blitz durchzuckt den Himmel. In einer Höhe von 650 Metern explodiert die Atombombe. Durch die enorme Hitze lösen sich Menschen im näheren Umkreis der Explosion auf. Lediglich ihre Schatten bleiben in den Beton der Umgebung eingebannt. Unter den Opfern sind zahlreiche Kinder, da viele Schüler an diesem Morgen in die Stadt abkommandiert waren. Sie sollten dabei helfen, Gebäudereste abzutragen, um bei einem Bombenangriff in der dicht bebauten Stadt großflächige Brände zu verhindern. Durch die Atombombe kommt es allerdings zu einem Feuersturm ungeahnten Ausmaßes, der sich rasend schnell vom Hypozentrum ausbreitet. 92 Prozent aller Gebäude Hiroshimas werden zerstört. Tomiko Umekita ist mit ihrer Klasse rund 800 Meter vom Hypozentrum entfernt. Mit brennenden Kleiderfetzen am Leib rennen die Überlebenden vor den Flammen davon. Keiner der 220 Schüler überlebt den Tag. Auf einen Schlag sterben 70.000 bis 80.000 Menschen.

Die japanischen Zeitungen schreiben hinterher von einer neuartigen, besonders starken Bombe, die auf die Stadt geworfen wurde. Die heimtückische atomare Strahlung hält die Regierung zunächst geheim, um die Kriegsmoral der Bevölkerung nicht zu gefährden und um den Krieg fortführen zu können. Selbst als am 9. August die zweite Atombombe auf Nagasaki geworfen wird, bleibt sie bei ihrer strikten Linie. Hiroshima war damals ein wichtiger militärischer Standort der japanischen Streitkräfte, rund 40.000 Militärangehörige befanden sich in der Stadt. Unter den Opfern waren aber mehrheitlich Zivilisten, von denen damals 215.000 in Hiroshima lebten. Zehn Prozent aller Opfer waren Zwangsarbeiter aus Korea und China, die in Hiroshima in Fabriken arbeiten mussten. Ausgewählt wurde die Stadt, weil sie als einzige der für einen Angriff infrage kommenden Städte kein Kriegsgefangenenlager mit alliierten Soldaten hatte.

Insgesamt starben bei dem Abwurf samt den Spätfolgen bis 1946 unterschiedlichen Schätzungen zufolge 90.000 bis 166.000

Vor 72 Jahren fiel die Atombombe auf Hiroshima



2



3



4

Menschen. Symptome der durch Strahlung verursachten Krankheiten sind vor allem Haarausfall und Blutungen unter der Haut. Erst nach Ende des Krieges informieren die Zeitungen die japanische Bevölkerung über die atomare Verstrahlung und ihre Spätfolgen.

Interessant ist, wie die japanische Kriegsgeschichte im Museum rein aus der Opferperspektive dargestellt wird. Von japanischen Angriffen während des Zweiten Weltkriegs und den Tätern ist nie die Rede, die Verstorbenen des Atombombenabwurfs werden als Opfer gefeiert, die für die Nation gefallen sind. Speziell gearbeitet wird dabei mit verschiedenen aus dem Boulevardjournalismus bekannten Mechanismen, die einzelne Schicksale herausgreifen und künstlich aufbauen. So stehen vor allem die verstorbenen Kinder mit grotesken Zitaten da. Beispielsweise wird ein Zwölfjähriger zitiert mit den Worten: »Mutter, du darfst nicht weinen. Ich wusste, dass wir Kinder diesen großen Krieg nicht überleben würden.«

Allerdings wird von den Amerikanern im September 1945 zunächst ein »Press-Code« installiert, der die Informationen über die Bombe nur gefiltert an die Bevölkerung lässt. Insbesondere wird die radiologische Wirkung der Waffen verneint, obwohl diese noch Monate nach den Explosionen Zehntausende Opfer fordert. Es wird geschätzt, dass in Hiroshima bis Ende 1945 weitere 60.000 Überlebende den Folgen der Verstrahlung sowie Verbrennungen und anderen schweren Verletzungen erlagen.

Nachdem Japan 1952 seine Souveränität zurückerlangte, wurden Studien zu den Opfern des Atombombenabwurfs und zu den Folgeschäden erstellt. Die Überlebenden der Atombomben werden in Japan als »Hibakusha« bezeichnet. Hibakusha und ihre Kinder waren (und sind immer noch) Opfer von Diskriminierung. Dies hatte mit dem mangelnden Wissen über die Strahlenkrankheit zu tun. Viele Menschen glaubten, dass sie vererbbar oder sogar ansteckend sei, was aber ein Mythos ist. Erst 1957 wurden von der Regierung erste Versorgungsregelungen für die Opfer getroffen. Es dauerte jedoch noch bis 1968, bis Hibakusha kostenlos ihre Krankheiten behandeln lassen durften. Die koreanischen Opfer

Titelbild: Das Denkmal für die Opfer des Atombombenabwurfs wurde 1952 eingeweiht. Der steinerne Kenotaph beinhaltet eine Liste von verstorbenen Opfern aller Nationalitäten, sofern die Angehörigen dies wünschen. Die Liste wird stetig erweitert und umfasst nahezu 300.000 Namen. Auf dem Stein steht geschrieben: »Lasst alle Seelen hier in Frieden ruhen, denn wir werden das Böse nicht wiederholen.«

- 1 *Friedensdenkmal »Atombombenkuppel«; in diesem Gebäude hatte die japanische Industrie- und Handelskammer vor der Bombardierung ihren Sitz.*
- 2 *Denkmal für die bei der Explosion getöteten Kinder. Die Statue stellt ein Mädchen mit ausgestreckten Armen dar, über dem sich ein Papierkranich erhebt. Vorbild hierfür war die Geschichte eines an Leukämie erkrankten Kindes. In Japan ist der Kranich ein Symbol für Glück und Gesundheit. Es heißt, man habe einen Wunsch frei, wenn man 1000 Kraniche faltet. So faltete das Mädchen einen Kranich nach dem anderen, in der Hoffnung auf Genesung. Sie schaffte es aber nur bis zu Kranich 644. Dann starb sie an ihrer Krankheit.*
- 3 *Denkmal für die beim Abwurf getöteten Koreaner. Die Inschrift dieses Denkmals lautet: »Die Seelen der Verstorbenen reiten in den Himmel, auf den Rücken der Schildkröten.«*
- 4 *»Die ewige Flamme« im Friedenspark. Sie wurde 1964 entzündet und ist ein Symbol der Hoffnung. Sie soll so lange brennen, bis es keine Atomwaffen mehr auf der Welt gibt.*

(Fotos: Michael Hellstern)



Friedensdenkmal »Atombombenkuppel«; auf der Schautafel sieht man den einstigen Originalzustand des Gebäudes

➔ bekamen sogar erst viel später Hilfe. 1971 flog zum ersten Mal ein vierköpfiges Ärzteteam nach Korea, um ehemalige Zwangsarbeiter medizinisch zu versorgen. Nur wenige Koreaner durften daraufhin nach Japan einreisen, um sich dort in den Krankenhäusern behandeln zu lassen. Dabei wäre die japanische Unterstützung in dieser Hinsicht sehr wichtig gewesen, da die Ärzte viel mehr Erfahrung im Umgang mit Überlebenden der Atombombenabwürfe und deren Krankheitsbildern hatten.

Der Wiederaufbau der Innenstadt Hiroshimas dauerte sehr lange, sodass viele Einwohner über Jahre in Blechhütten hausten. Dieser sogenannte »A-bomb slum« hatte mit häufigen Bränden zu kämpfen, die neue Zerstörung brachten. Doch erst 1969 startete die Regierung ein Wiederaufbauprogramm mit zahlreichen Wohnblöcken. Das letzte Hochhaus wurde 1978 fertiggestellt.

Inzwischen ist die zentrale Insel im Fluss Ota ein Friedenspark. Dort befinden sich viele verschiedene Gedenkstätten, darunter auch eine immer brennende Flamme, die erst erlöschen soll, wenn die letzte Atombombe vernichtet worden ist. Über allem thront die heute als das Friedensdenkmal »Atombombenkuppel« bekannte Ruine der Industrie- und Handelskammer.

Zumindest in der Erinnerung leben die Opfer fort. In Hiroshima wird alljährlich am 6. August der Opfer des Atombombenabwurfs mit einer großen Gedenkfeier gedacht: Im Friedenspark wird genau um 8.15 Uhr die Friedensglocke geschlagen.



Michael Hellstern
Historiker und freier Journalist,
war im Mai und Juni 2017
in Japan unterwegs

Die UN verhandeln ein Atomwaffenverbot – Deutschland aber fehlt!



Vom 15. Juni bis zum 7. Juli 2017 fand bei den Vereinten Nationen in New York die zweite Verhandlungsrunde für ein weltweites Atomwaffenverbot statt. Nach Bio- und Chemiewaffen, die schon verboten sind, fehlt bis heute ein internationales Verbot von Atomwaffen im Völkerrecht.

Im Jahr 2016 sind etwa 130 Staaten dafür eingetreten, Verhandlungen über ein Verbot von Atomwaffen aufzunehmen, auch ohne Zustimmung der Atomwaffenstaaten. Hierbei ist Österreich sehr engagiert. Im selben Jahr beschloss das Europäische Parlament eine Resolution, in der die Mitgliedsstaaten aufgerufen wurden, an den Verhandlungsrunden für eine Ächtung von Atomwaffen teilzunehmen.

Im März 2017 startete die erste Verhandlungsrunde, der die Atomwaffenstaaten und viele mit ihnen verbündete Länder fernblieben, darunter auch Deutschland.

Bei dieser zweiten und möglicherweise letzten Verhandlungsrunde ist somit Deutschland nicht vertreten. Aus diesem Grund haben acht Organisationen (pax christi, DFG-VK, Oxfam, Ican, IPPNW, Ohne Rüstung Leben, medico international und urgewald), die sich mit den Themen »Frieden«, »Gerechtigkeit« und den Menschenrechten auseinandersetzen, einen offenen Brief an Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) verfasst, der hier wiedergegeben wird.

ICAN Deutschland ist der deutsche Zweig der weltweit aktiven Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen. Mit Unterstützung der Öffentlichkeit setzen wir uns für einen internationalen Vertrag ein, der Atomwaffen endgültig verbietet.

Weitere Informationen und Hinweise auf Aktionen finden Sie auf der Webseite www.icanw.de

Deutschlands Beteiligung an Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot – Zweite Verhandlungsrunde

Berlin, 28. Mai 2017

Sehr geehrter Herr Minister Gabriel,

vom 27. bis 31. März fand bei den Vereinten Nationen in New York die erste Verhandlungsrunde über ein Atomwaffenverbot statt. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik hat sich die Bundesregierung geweigert, an multilateralen Abrüstungsverhandlungen teilzunehmen, und blieb der Konferenz fern. Obwohl sich rund 130 Staaten an den historischen Verhandlungen beteiligten, hat sich die Bundesregierung entschlossen, diesen Fortschritt in Richtung Ächtung gemeinsam mit den neun Atomwaffenstaaten zu boykottieren. Bereits am 23. Dezember 2016 stimmte Deutschland bei der Abstimmung in der Generalversammlung der Vereinten Nationen gegen die Annahme der Resolution L.41, welche die Verhandlungen zu einem Verbot von Atomwaffen mandatierte.

Atomwaffen sind die einzigen Massenvernichtungswaffen, die noch nicht völkerrechtlich verboten sind, obgleich der Internationale Gerichtshof ihnen in seinem historischen Gutachten von 1996 bescheinigt hat, sämtliche Attribute inhumaner Kriegsführung zu verkörpern. Ihre Ächtung wäre ein wichtiger Schritt, um die nukleare Abrüstung voranzutreiben, eine weitere Barriere gegen die Weiterverbreitung der Kernwaffen zu errichten und sich dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt zu nähern. Dieses positive Urteil gilt – wie für alle internationalen Verträge – auch, wenn nicht alle Staaten diesen Schritt von Anfang an mitgehen.

Die Bundesregierung begründet ihre Weigerung, sich an den Verhandlungen zu beteiligen, mit der Nicht-Teilnahme der Nuklearwaffenstaaten und der Sorge, ein Nuklearwaffenverbot könne dem Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) schaden. Ein Verbotsvertrag wäre jedoch mit dem NVV umstandslos vereinbar, da dieser bereits die Absicht der völkerrechtlichen Ächtung von Atomwaffen enthält und auch der Wortlaut des Art. VI – der Bestimmung über Abrüstung – dem nicht widerspricht. Die erste Verhandlungsrunde hat gezeigt, dass sich die teilnehmenden Staaten darin einig sind, die Kompatibilität mit dem NVV sowie dessen Ziele im Vertragswerk zu verankern.

Die Verhandlungen stehen zudem allen Staaten offen, einschließlich derer, die Atomwaffen besitzen oder auf ihrem Territorium stationiert haben. Die Gespräche in New York drehten sich auch um die Frage, wie Atomwaffenstaaten oder Teilhabestaaten wie Deutschland in Zukunft dem Vertrag beitreten könnten und wie ein entsprechendes Verifikationsregime gestaltet werden müsste. Es ist im ureigensten Interesse Deutschlands, diese Diskussionen mitzuprägen, auch wenn die Bundesregierung nicht unmittelbar in der Lage sein wird, dem

Vertrag beizutreten. Bundesregierungen – gleich welcher Zusammensetzung – haben seit langer Zeit die kernwaffenfreie Welt als nationales Ziel bezeichnet. Eine Bundesregierung wird dereinst auch das Kernwaffenverbot unterzeichnen müssen. Daher liegt es selbstverständlich im deutschen Interesse, dass das ein guter Vertrag wird.

Um der außenpolitischen Verantwortung Deutschlands und dem Ziel einer friedlichen und gerechten Weltordnung nachzukommen, darf die Bundesregierung die Teilnahme an multilateralen Abrüstungsverhandlungen nicht scheuen. Nur am Verhandlungstisch kann sich Deutschland konstruktiv und nachhaltig für die Einbettung eines Atomwaffenverbotes in die bestehende Rüstungskontrollarchitektur und die Kompatibilität mit dem NVV einsetzen – wer nicht am Tisch sitzt, bestimmt auch nicht mit.

Durch die Teilnahme an den Verhandlungen zu einem Atomwaffenverbot könnte Deutschland ein Zeichen gegen die weltweiten nuklearen Aufrüstungstendenzen und das gefährliche geopolitische Konkurrenzgebaren der Großmächte setzen. Sie könnte damit ein deutliches Signal für die friedensstiftende Kraft des Multilateralismus und des Völkerrechts und für das Ziel einer auf Kooperation ruhenden Weltordnung aussenden und Gleichgesinnte damit stärken.

Atomwaffen sind tödliche Bedrohungen für die Menschheit und unseren Planeten. Noch immer gibt es ca. 14 900 Atomwaffen, von denen rund 1800 ständig einsatzbereit sind und binnen Minuten abgefeuert werden können. Ihre unbeherrschbare Zerstörungskraft sowie die katastrophalen humanitären und ökologischen Auswirkungen ihres Einsatzes verbieten es auch, im Rahmen einer Abschreckungspolitik mit Atomwaffen zu drohen oder die eigene Sicherheitspolitik auf Nuklearwaffenarsenale zu gründen. Es wäre gerade heute unverantwortlich, sich darauf zu verlassen, dass es einen verantwortungsbewussten Umgang mit diesen Waffen geben kann, der die Welt, die Allianz oder das eigene Land tatsächlich sicherer macht.

Aus diesen Gründen fordern wir Sie, sehr geehrter Herr Minister, eindringlich dazu auf,

- die harte und ablehnende Haltung Deutschlands gegen ein Atomwaffenverbot aufzugeben und durch Offenheit und Dialogbereitschaft zu ersetzen
- an den im Juni und Juli stattfindenden Verhandlungen teilzunehmen
- hierbei eine konstruktive Rolle einzunehmen und sich für eine mit dem Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag vereinbare völkerrechtliche Lösung einzusetzen.

Wir appellieren an Sie und die Bundesregierung, globale Verantwortung für die Stärkung des Multilateralismus zu übernehmen und Deutschlands wichtige Stimme für eine Weiterentwicklung des Völkerrechts einzusetzen.

Pressemitteilung

Friedensbildung stärken statt Gewalddenken fördern! pax christi und Internationaler Versöhnungsbund fordern »Tag der Friedensbildung«

Köln / Berlin / Minden, den 8.6.2017

Angesichts zunehmender zwischenstaatlicher und innerstaatlicher Konflikte fordert die pax christi-Kommission Friedensbildung gemeinsam mit dem deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes eine deutliche Stärkung der Friedensbildung in Schulen und außerschulischen Einrichtungen sowie der internationalen Zusammenarbeit – durch Friedensdienste, Projekte für Gewaltprävention und Friedensförderung.

Am kommenden Wochenende wird die Bundeswehr wieder an verschiedenen Standorten den »Tag der Bundeswehr« durchführen. Die Bundeswehr bietet diesmal unter dem Motto »Willkommen Neugier« »den Besuchern ein abwechslungsreiches Programm mit Truppe und Technik, Mitmachaktionen und Information, Militärmusik und Spitzensport«, so das Bundesministerium der Verteidigung in seinem aktuellen Portal.

»Diese Form der Werbung leugnet das Scheitern der militärischen Einsätze der letzten Jahre und ihre Opfer. Sie stellt die Bundeswehr als ein modernes Unternehmen wie jedes andere dar und verharmlost das Töten und Sterben beim Soldat-Sein als eine Mischung aus Gemeinschaft, Technik und Spaß«, kritisiert Achim Schmitz, Sprecher der Kommission Friedensbildung im Deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes.

»Es ist reine Ideologie, dass Gewalt einen nachhaltigen Beitrag zum Frieden leisten könne«, betont Peter Heim, der Sprecher der pax christi-Kommission Friedensbildung. »Gewalt schafft immer neue Gewalt. Und diese Gewalt beginnt in den Köpfen. Was wir brauchen, ist eine präventive Friedenspolitik. Und die beginnt mit Friedensbildung auf allen Ebenen«, so Peter Heim.

Deshalb fordern die Organisationen von den zuständigen Verantwortlichen

- eine offensive, unserem Verfassungsauftrag gemäße, deutlich aufgestockte öffentliche Förderung der Friedensbildung in Deutschland
- die Etablierung eines bundesweiten »Tag der Friedensbildung«, der ein öffentlichkeitswirksames Zeichen für gewaltfreie Konfliktlösungen, insbesondere im internationalen Kontext, setzen soll
- ein Aussetzen der kostspieligen und irreführenden Werbekampagnen für die Bundeswehr unter Kindern und Jugendlichen wie am »Tag der Bundeswehr«, auf Berufsmessen oder in den Schulen

Zum Hintergrund:

- Allein von 2014 bis 2015 stiegen die Kosten für Nachwuchswerbung von 29,9 Mio. € auf über 35,26 Mio €, also um 17,9%, die Kosten allein des Tags der Bundeswehr beliefen sich 2015 auf rund 2,5 Millionen. Der Etat des Bundesministeriums der Verteidigung steigt von 2016 bis 2017 um 2,6 Mrd € bzw. 7,7%; der Etat für Öffentlichkeitsarbeit prozentual noch stärker. Nun steht die Forderung nach Erhöhung des Wehretats bis 2024 auf 2% des Bruttoinlandsprodukts im Raum.

- Die Kritik am Tag der Bundeswehr entzündet sich auch am Zulassen des Spielens von Kindern mit Handfeuerwaffen. Die Kritik war einhellig, als 2016 Fotos davon in den Medien kursierten. Die Verteidigungsministerin war in Erklärungsnot und untersagte dies schließlich.
- Bis heute darf die Bundeswehr gegen das Votum des UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes und trotz der Kritik zahlreicher Organisationen Jugendliche bereits unter 18 Jahren vertraglich binden und in den Dienst übernehmen.
- Inzwischen übernimmt die Bundeswehr sogar Aufgaben, die eigentlich den öffentlichen Schulen vorbehalten sind. Ein Schulabschluss ist an sich Voraussetzung für die Übernahme in die Bundeswehr als Zeitsoldat. So berichtet der NDR über einen Jugendlichen, der in sechs Monaten (!) den Hauptschulabschluss nachholen soll, damit er anschließend seinen Dienst in der Marine leisten darf.

Schulbildung ist originäre Aufgabe der Zivilgesellschaft!

Rüstungsexport-Nachrichten

Am 14. Juni 2017 wurden vom Wirtschaftsministerium der Rüstungsexportbericht 2016 und die Zahlen für das erste Quartal 2017 der Bundesregierung vorgelegt. Die erteilten Einzelausfuhren beliefen sich 2016 auf 6,85 Milliarden Euro (2015: 7,86 Milliarden), das ist der zweithöchste Genehmigungswert. Rund 54 Prozent der Einzelausfuhrgenehmigungen und 92,6 Prozent der Kriegswaffenausfuhren entfielen auf Drittstaaten wie die am Krieg im Jemen beteiligten Staaten Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate und Ägypten. Unter den TOP 10 sind auch die Republik Korea, Algerien und Australien. Vervierfacht hat sich die Ausfuhr von Kleinwaffenmunition an Drittstaaten (von 4,28 Millionen auf 17,61 Millionen Euro.)

Jan von Aken, Bundestagsabgeordneter der Linken, kommentiert diese Zahlen mit dem Fazit, dass »die Reduzierung der Rüstungsexporte komplett gescheitert ist. Das gesamte System der Rüstungsexportkontrolle funktioniert nicht«. Die Kommission Rüstungsexport von pax christi fordert deshalb einen absoluten Stopp von Waffen und Munition in Drittstaaten sowie ein Rüstungskontrollgesetz, das eine öffentliche Begründungspflicht der Entscheider sowie eine Klagemöglichkeit der Kritiker beinhaltet.

Weitere Informationen und Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017 unter www.aufschrei-waffenhandel.de

Harald Hellstern

Sprecher der Kommission Rüstungsexport (siehe auch S. 10/11)



Paroli bieten – und das gewaltfrei!

Menschenverachtende, rassistische Parolen haben Konjunktur: Was vor Jahren vielleicht noch hinter vorgehaltener Hand geäußert wurde, kommt heute ganz offen daher. Netzwerke im Internet und rechtspopulistische Parteien und Organisationen haben den Nähr- und Resonanzboden dafür geschaffen. Deshalb sehen viele Menschen heute, dass dieses Treiben eine reale Gefahr für die Demokratie darstellt, und wollen den Parolen entgegentreten. Vor diesem Hintergrund hat pax christi auf Bundesebene eine Kooperation mit der Organisation »Gewaltfrei Handeln« begonnen. Ziel ist es, Angebote zu machen, mit deren Hilfe die gewaltfreie Reaktion auf menschenverachtende Parolen trainiert werden kann.

Angeregt durch diese Kooperation, haben die Mitglieder der Kirchheimer pax christi-Gruppe beschlossen, ein Tagesseminar mit »Gewaltfrei Handeln« zu organisieren. Der Diözesanverband hat die Veranstaltung in sein Programm übernommen – und so konnten wir am 20.5.2017 knapp 20 Teilnehmer nicht nur aus Kirchheim, sondern auch aus Wendlingen, Reutlingen, Schramberg, Rottenburg, Mössingen und Stuttgart im Gemeindehaus in Kirchheim-Ötlingen begrüßen.

Die Referenten von »Gewaltfrei Handeln«, Jonas Rüger und seine Ehefrau Silvia, erinnerten zunächst an den Grundgedanken gewaltfreien Handelns: Auf der einen Seite steht das klare und bestimmte Beziehen eines eigenen Standpunkts und eben nicht das Ausweichen vor einem Konflikt. Auf der anderen Seite steht ein Umgang mit dem Konflikt, der beim Gegenüber Vertrauen aufbauen und dadurch Offenheit erwirken soll. Alle, die am Seminar teilnahmen, waren sich darin einig, dass dies insbesondere im Umgang mit Menschen, die aus Verunsicherung rechtspopulistischen oder verschwörungstheoretischen Parolen folgen, sehr wichtig ist. Denn gerade diese Menschen, die nicht zum hartgesottenen Kern der Rechtspopulisten gehören, sollen ja angesprochen und für andere Sichtweisen geöffnet, aber nicht gleich verprellt werden.

Alle SeminarteilnehmerInnen berichteten über Erfahrungen im Bekanntenkreis, bei der Arbeit, in der Schule oder bei öffentlichen Infoständen, die sie zu der Frage geführt haben, wie man sich in entsprechenden Diskussionen oder Begegnungen am besten verhalten sollte. Das war Stoff genug für intensive Gespräche in den



Links oben: Die Referentin Silvia Ramirez erklärt die Übungsziele
 Oben: Schnapsschuss Gruppenarbeit
 Unten: Übung zu Grenzen im Freien
 (Fotos: Richard Bösch)



Kleingruppen und im Plenum – über Motivation und Ziele, über das eigene Verhalten und über andere, kreative Reaktionsmöglichkeiten. Ergänzt wurden die Gespräche durch entsprechende einfache Übungen zum aktiven Zuhören oder zum Setzen von Grenzen.

Zum Schluss wurde es mit »Hinweisen für das Verhalten in Bedrohungssituationen« (siehe Rundbrief Seite 15) noch einmal ganz konkret: Alle TeilnehmerInnen konnten Tipps, wie man gut vorbereitet aus der Opferrolle herauskommen, die Atmosphäre entschärfen und Hilfe organisieren kann, mit in ihren Alltag nehmen.

Das Seminar war sicherlich eines der ersten im Rahmen der neuen Kooperation mit »Gewaltfrei Handeln«. Aus Sicht der TeilnehmerInnen ist das Experiment gelungen – und zur Wiederholung an anderen Orten zu empfehlen!



Karl-Heinz Wiest
 pax christi Kirchheim

Wer keine Visionen hat, sollte zum Arzt gehen!

Überlegungen zum Friedensprojekt Europa

Als ich im Alter von acht Jahren mit meinen Eltern zusammen den Fall der Berliner Mauer in der Fernsehberichterstattung mitverfolgte, spürte ich, auch wenn ich die Tragweite der Ereignisse natürlich noch nicht verstand, dass etwas ganz Besonderes passierte: Die im Fernsehen gezeigten Menschen waren völlig außer sich. Tanzend, jubelnd und weinend vor Freude eroberten sie friedlich eine Mauer, von der man lange Zeit geglaubt hatte, so erklärten mir meine Eltern, sie sei die am strengsten geschützte und undurchlässigste Grenze dieser Welt.

Der Mauerfall am 9. November 1989 war wohl eines meiner ersten bewussten politischen Erlebnisse. Damals war Helmut Kohl bereits acht Jahre Bundeskanzler. Und weitere acht Jahre kannte meine Generation von Jugendlichen keinen anderen ... Man mag viele der politischen Projekte in der Kanzlerschaft Kohls kritisieren, seinen Machtinstinkt als wenig zimperlich oder gar undemokratisch empfinden und insgesamt mit seiner bräsigen Gemütsmenschenart, die sich in allen Bereichen der politischen Kommunikation niederschlug, nicht viel anfangen können. Eines muss man ihm jedoch lassen: Sein Bekenntnis zu einem »europäischen Deutschland« und zum »Friedensprojekt europäische Integration« wurde als authentisch wahrgenommen, weil es offenbar von einer unerschütterlichen inneren Überzeugung getragen war, die das politische Tagesgeschäft überdauerte.

»Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.«
(Präambel des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland)

Trotz anhaltender Kontroversen um die Nachwehen der politischen, rechtlichen und sozioökonomischen Wiedervereinigung scheint Helmut Kohl als visionärer »Kanzler der Einheit« einen festen Ehrenplatz in den Geschichtsbüchern zu haben. Auch seinem Vorgänger Helmut Schmidt ist ein solcher sicher – weil er den Gegenentwurf dazu darstellte: den nüchternen, blitzgescheiterten Strategen und effizienten Macher. Politik an den ganz großen Entwürfen und Idealen auszurichten, wie dies etwa sein Vorgänger Willy Brandt versucht hatte, war seine Sache nicht. Sein Ausspruch »Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen« ist in diesem Zusammenhang zum geflügelten Wort geworden, das sich viele PragmatikerInnen in der Politik zu eigen gemacht haben. Diesem Schmidt'schen Diktum soll hier jedoch klar widersprochen werden.

»Der Tag wird kommen, an dem der Hass, der im Krieg unvermeidlich scheint, überwunden wird. Einmal muss das Europa Wirklichkeit werden, in dem Europäer leben können.«

(Willy Brandt, August 1943, im schwedischen Exil)

In welchem Europa wollen wir leben? Wie müsste eine friedliche und gerechte Weltgesellschaft aussehen? Antworten auf diese Fragen zu finden ist weniger eine philosophische Übung, es ist vielmehr eine wichtige Strategie der Gegenwartsbewältigung. Das heutige Europa ist vom Dauerkrisenmodus geprägt: reaktiv, defensiv, beobachtend, verwaltend, stabilisierend, dem kurzfristigen Management von Problemen verschrieben. Die Hochkonjunktur des Adjektivs »alternativlos« in Reden von PolitikerInnen zeigt, dass die AkteurInnen kaum Kreativität aufbringen können, um in alternativen Zukunftsentwürfen zu denken, die vom politischen Alltagsgeschäft losgelöst sind. Es gibt offenkundig keinen Platz (mehr) für »konkrete Utopien«.



Der englische Jurist, Parlamentarier, Diplomat, Humanist und spätere katholische Heilige Thomas Morus (1478–1535) gilt als einer der Begründer der Literaturgattung der Utopie. Im Jahr 1516 veröffentlichte er in England sein Werk »Von der besten Verfassung des Staates und von der neuen Insel Utopia«. Der fiktive Reisebericht eines Seefahrers, der von seinem Besuch einer idealen Gesellschaft berichtet, stellt viele kritische Fragen an die damalige englische Gesellschaft, die sich unserer (Welt-)Gesellschaft heute ebenso stellen: Kann es ein gerechtes Staatswesen geben, das alle Menschen glücklich und wohlversorgt leben lässt? Soll es Privateigentum geben? Kann eine Gesellschaft genügend Güter erwirtschaften, wenn niemand nach Gewinn strebt? Gibt es das gute und gerechte Staatsoberhaupt, das nicht aus Eigennutz Kriege anzettelt?

»An den Dingen zu kleben, sie zu überfliegen, beides ist falsch«, schreibt der Philosoph Ernst Bloch und argumentiert in »Das Prinzip Hoffnung« für eine Perspektive, die gesellschaftliche Zustände als stets im Werden begriffen und grundsätzlich veränderbar versteht. Dabei gehe es ihm nicht um unerfüllbare Wunschträume, sondern um nicht verwirklichte, aber durchaus umsetzbare Vorstellungen einer besseren Welt. Gerade in Krisenzeiten, so Bloch, entfalten konkrete Utopien politisches Motivationspotenzial und machen bewusst, dass Menschen und die sie umgebenden vielfältigen Möglichkeiten einen »großen Behälter voll Zukunft« darstellen.



Quelle: Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel

Was sind nun konkrete Utopien für Europa? Ein Teil der Antwort zu dieser Frage liegt in der Vergangenheit: Die Geschichte Europas, insbesondere die Geschichte der Europäischen Integration, ist der »lebende Beweis« für die Überwindung des Nationalismus. Auch wenn das europäische Projekt von diversen Neo-NationalistInnen infrage gestellt wird, so ist doch für eine Mehrheit der in Europa lebenden Menschen sehr klar, dass der Nationalismus nicht nur ein historischer Irrweg war, der den Kontinent und die Welt in größte Katastrophen geführt hat, sondern auch, dass er angesichts des Anspruchs, Globalisierung heute gestalten zu wollen, keine adäquaten Vorschläge bereithält. Das zeigt etwa die paneuropäische Initiative »Pulse of Europe«, die – und das in »Krisenzeiten«! – immer mehr Menschen für Freiheit und Vielfalt in Europa und für die europäische Integration als unumkehrbares Bündnis des Friedens nach innen und außen begeistert.

Angesichts neu in Gang gesetzter Aufrüstungsdynamiken im Kontext der NATO und vieler indirekter und direkter Beteiligungen Europas an den bewaffneten Konflikten und Kriegen dieser Welt kann die Friedensbewegung mit der von den Handelnden als alternativlos dargestellten Situation nicht einverstanden sein. Das Friedensprojekt Europa, zumal mit Blick auf die EU als Friedensnobelpreisträgerin, muss mehr sein als das Schweigen der Waffen im Inneren, mehr als visumfreies Reisen im Schengenraum und mehr als das gemeinsame Verteidigen einer neuen Grenze zum Außen. Es muss auch mehr sein als ein Club gewinnmaximierender Volkswirtschaften, die sich zusammenschließen, um gemeinsam den besten Deal im globalen Wettbewerb herauszuholen.

»Wir stecken mitten im dritten Weltkrieg, allerdings in einem Krieg in Raten. Es gibt Wirtschaftssysteme, die Krieg führen müssen, um überleben zu können. Also produzieren und verkaufen sie Waffen. So werden die Bilanzen jener Wirtschaftssysteme saniert, die den Menschen zu Füßen des Götzen Geld opfern. [...] Das Wirtschaftssystem, das sich um den Götzen Geld dreht, muss auch die Natur plündern, um die Hektik des Konsums aufrechterhalten zu können, von dem es lebt. Der Klimawandel, der Verlust biologischer Vielfalt, die Waldzerstörung zeigen bereits ihre verheerenden Auswirkungen in den großen Naturkatastrophen, die wir erleben.«
 (Papst Franziskus, Rom 2014)

Eine authentische »Friedensmacht« Europa müsste aus den Erfahrungen der Geschichte gelernt haben. Sie müsste Impulsgeberin, Partnerin und Multiplikatorin für zivile Konfliktbearbeitung in der Welt sein. Sie müsste die verabsolutierten Prinzipien von Wachstum und Wettbewerb infrage stellen und den Kapitalismus, der eben nicht allen Menschen zum Wohl und zur Entfaltung gereicht, einfangen und kontrollieren. Sie müsste an einer Kultur des Friedens arbeiten, in der die Anwendung von Gewalt keinen Platz mehr hat und die auf die Gerechtigkeit und Solidarität zwischen den Menschen, ganz gleich welcher Ethnie, Religion, sexuellen Orientierung, welchen Geschlechts, welcher kulturellen oder sozialen Herkunft, ausgerichtet ist. In einem Wort: Sie müsste das Vermächtnis der eigenen Geschichte ernst nehmen, die gegenwärtigen Verhältnisse entlarven und den »riesigen Behälter voller Zukunft«, aus dem eine alternative Weltgesellschaft gestaltet werden kann, anfüllen helfen.



Graffiti des Streetart-Künstlers Banksy
 (links: »Cut it out«; rechts: »Escalator to Freedom«)
 an der Mauer in Palästina

➔ In den späten 80ern hielten es viele Menschen für völlig undenkbar und unmöglich, dass die Grenze mitten durch Europa und mitten durch Berlin eines Tages fällt. Auch in diesen Tagen gibt es noch viele alte und bedauerlicherweise auch neue Mauern, die darauf warten, auf friedlichem Wege eingerissen zu werden: Mauern zwischen Menschen in Nord- und Südkorea, zwischen PalästinenserInnen und Israelis, zwischen EuropäerInnen und MigrantInnen oder zwischen ProtestantInnen und KatholikInnen in den Stadtteilen von Belfast, um nur einige wenige zu nennen. Dabei sind es die Mauern in den Köpfen der Menschen, die ungleich schwieriger, aber nicht unmöglich zu überwinden sind – eine große Herausforderung, die pax christi annimmt!



Richard Bösch
Geschäftsführer und Referent
für Friedensbildung pax christi

»Mensch sein heißt Utopien haben.«
(Paul Tillich, 1886–1965, dt./US-amerik. protestantischer Theologe und Religionsphilosoph)

Quellen und weiterführende Hinweise:

- Bundeszentrale für politische Bildung (2017): Debatte: Europa kontrovers. <https://www.bpb.de/internationales/europa/europa-kontrovers/> (20/06/2017).
- Bloch, Ernst (1959): Das Prinzip Hoffnung. In fünf Teilen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Schröder, N. (2016): Alternativen zur Alternativlosigkeit: Europa-Visionen als Chance in Krisenzeiten. In: Soziologie-Magazin Blog.
- Pfetsch, Frank (2003): Theoretiker der Politik – V. Beginn des neuzeitlichen Utopischen Denkens. Paderborn: Wilhelm Fink Verlag, 183–213.

Lust und Freude an der Demokratie

In einer Zeit, in der die neue Rechte im Anzug rückwärtsgewandte Weltbilder in die Diskussion einbringt, müssen wir als pax christi-Bewegung aufwachen. Wir dürfen nicht schweigen, sondern sind verpflichtet, uns an der öffentlichen Meinungsbildung zu beteiligen. Deshalb soll der folgende Aufruf vor den Bundestagswahlen 2017 zur Diskussion in pax christi anregen und Mut machen, sich einzumischen. Rückmeldungen an den Verfasser des Textes, Harald Hellstern, sind erwünscht!
E-Mail: paxchristi-rs@bo.drs.de

Deutschland und Europa wurden vor über 70 Jahren aus der Asche des Krieges und der Erkenntnis »Nie wieder rechter Nationalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit« aufgebaut. Diese Erkenntnis dürfen die Bürger in Deutschland nicht vergessen. Mit dem Grundgesetz entwickelte sich in nun fast sieben Jahrzehnten eine Kultur des Respekts der Menschenwürde, der Solidarität und Barmherzigkeit, der Demokratie, Weltoffenheit und Dialogbereitschaft, die auch und gerade angesichts vielfältiger Probleme und globaler Herausforderungen von uns Christen dankbar bejaht und entschieden verteidigt wird.

Deshalb sind wir besorgt über neue rechtspopulistische Parteien und Gruppierungen wie z.B. die AfD, die Identitären, Kameradschaften oder die Reichsbürger sowie deren Anhänger und Netzwerke. Dieser Politikstil, der sich volksnah gibt, Emotionen und Ängste der Bevölkerung für eigene Zwecke und Ziele schürt und vermeintliche einfache Lösungen für komplexe politische Probleme anbietet, vergiftet die demokratische politische Kultur und



bereitet dem Rechtsextremismus den Boden. Beunruhigend ist es auch, dass sich rassistische Stimmungen und Gedanken schleichend verbreiten und versteckt äußern.

Die Macht der Vorurteile und Ressentiments reicht heute bis in die sogenannte Mitte der Gesellschaft – und damit leider auch in unsere christlichen Gemeinden hinein. Wir müssen daher in unsere Haltungen umso klarer sein und unmissverständlich dafür einstehen und widerstehen: Rechtspopulismus, Rechtsextremismus oder rassistisches Denken und Handeln sind mit dem christlichen Glauben unvereinbar.

Rechte Bewegungen sind unter anderem die Folge gesellschaftlicher Modernisierungskrisen. Durch raschen Wandel oder soziale Verwerfungen verlieren bestimmte Bevölkerungsgruppen die Orientierung und werden von Zukunftsängsten geplagt. Rechtspopulisten leben davon. Der kurzfristige Erfolg, nicht die nachhaltige Problemlösung ist ihr Ziel. Sie kultivieren Gefühle der eigenen Größe und richten sie gegen andere, allzu oft gegen Schwache.



Bibel heute 1/17: »Gewalttexte der Bibel – ein Ärgernis?«

Warum ist in der Bibel so viel von Mord, Rache und Sterben die Rede? Die Antwort ist einfach: Weil die Welt so ist. Die Bibel verschließt nicht die Augen vor dem Teufelskreis der Gewalt. Diese Ausgabe von »Bibel heute« stellt Modelle vor, mit biblischen Gewalttexten umzugehen.

(Hrsg. Katholisches Bibelwerk, www.bibelwerk.de; ISBN: 978-3-944766-34-8; 7,90 Euro)

Dem alten Vorurteil, dass Gewalt vor allem das Alte Testament kennzeichne, wird inhaltlich, aber auch mit dem Aufbau des Heftes widersprochen. Der erste Hauptbeitrag macht auf die zentrale Erzählung aller Evangelien aufmerksam: die Passionsgeschichte.

Neben Interviews und Beiträgen, die den Hintergrund bestimmter Bibeltexte erklären, gibt es auch andere Formen, die Bibeltexte zu erschließen, zum Beispiel indem aus der Sicht der Tamar die Vergewaltigung durch einen Verwandten geschildert wird. Oder es werden Modelle beschrieben, wie die Bibel versucht, Gewalt zurückzudrängen und einzudämmen.

Zentrale Texte, die oft von Kinderzeit an bekannt sind, wie etwa die gerade noch verhinderte Opferung des Isaak, Kain und Abel oder der Tod der Ägypter im Schilfmeer, werden in persönlich gehaltenen Beiträgen der Autoren erschlossen. Und es gibt biblische Gegentexte, die zur Überwindung der Gewalt beitragen, aus denen am Schluss des Heftes Zitate zu lesen sind. Im Praxisteil des Heftes geht es um Ideen, wie man sich in der persönlichen oder gemeindlichen Praxis weiter mit dem Thema befassen kann.



Ganz links: Am 23. Mai 2017 versammelten sich Bürgerinnen und Bürger, um für Demokratie und eine offene Gesellschaft an zentralen Plätzen in unseren Städten einzutreten.

Links: Bestimmte Artikel des Grundgesetzes sind für die Menschen wichtig, und sie treten dafür ein und bekennen Farbe.

(Fotos: Manuela Pfann)

Die Qualität einer Gesellschaft erkennt man an ihrem Umgang mit schwachen Menschen und Minderheiten. Es geht immer wieder um die Frage, wie Menschen unterschiedlicher sozialer, religiöser und ethnischer Herkunft mit ihren verschiedenen Lebensstilen in unserer Gesellschaft zusammenleben, Anerkennung erfahren oder aber feindseligen Mentalitäten ausgesetzt sind. Die Analyse-Elemente der »Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit«, wie z.B. Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus oder homophobe Einstellungen, geben Auskunft über die Entwicklung des Zusammenlebens. Feindselige Einstellungen richten sich oft nicht nur gegen eine, sondern vielfach gegen mehrere Gruppen.

Dieser Aufruf ruft nicht nur zum Miteinander, sondern zum Füreinander auf.

Die Anerkennung des Rechtsstaates, der repräsentativen Demokratie und der notwendige Dialog zwischen den verschiedenen Ansichten, politischen Meinungen und Traditionen ist Grundlage

des Zusammenlebens in Deutschland und Europa. Demokratie bedeutet, Kompromisse zu finden und Abstimmungen anzuerkennen. In einem globalen Zusammenleben und -arbeiten gibt es keine einfachen Lösungen.

Deshalb rufen wir die Regierungen und die Parteien auf, den BürgerInnen die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu verdeutlichen. PolitikerInnen müssen auf allen politischen Ebenen möglichst oft vor Ort bei den Menschen ihr Handeln in Ausschüssen und im Plenum der Parlamente transparent machen und sich selbst überprüfen. Hier zeigt sich die demokratische Kompetenz und Konfliktfähigkeit eines politischen Systems, in dem Bürger und Politiker die Zukunft Europas weiterentwickeln wollen. Die Bürger sollen wieder Lust und Freude an der Demokratie bekommen.

Wir Christen dürfen nicht schweigen, sondern müssen Widerstand leisten gegenüber allen Versuchen, »völkisches« Gedankengut und rechtsextremistische Rhetorik in unserem Land wieder salonfähig zu machen. Hetze und Hass dürfen wir keinen Raum geben.

(Artikel bearbeitet von Dr. Andreas Püttmann, 2017)



Harald Hellstern
Diözesanrat

Position beziehen im Wahlkampf

In diesen Wochen beginnt die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes. In Dettenhausen fand Anfang Mai 2017 eine Podiumsdiskussion von vier Bundestagskandidaten und einem Vertreter zum Thema »Die Bundeswehr – Verteidigungsstreitmacht oder Interventionsarmee« statt. Das »Schwäbische Tagblatt« berichtete am 5. Mai 2017 sehr ausführlich über den Verlauf der Diskussion. Wichtige Antworten der Politiker, teilweise im Konsens, in manchen Teilaspekten durchaus kontrovers, wurden in dem Artikel zitiert. Der pax christi-Vorsitzende Reinhold Gieringer hat daraufhin einen Leserbrief geschrieben, der vollständig abgedruckt wurde. Der Rundbrief möchte diesen Leserbrief hier dokumentieren und die pax christi-Mitglieder dazu aufrufen, sich in den nächsten Wochen ebenfalls mit Leserbriefen in den Wahlkampf einzumischen und Position zu beziehen. Gerade die Leserbriefseiten werden durchaus genau gelesen und die Meinungen und Argumente auch von Politikern im Wahlkampf registriert.



Reinhold Gieringer
Vorsitzender von pax christi
aus Rottenburg-Dettingen

Leserbrief zum Artikel »Bereitschaft zur Gewalt« (18. Mai 2017 im »Schwäbischen Tagblatt«)

In diesem Artikel wird von den meisten Politikern schöngeredet, dass in den letzten Jahrzehnten nicht nur die Zahl der Bundeswehreinätze im Ausland, sondern auch die Waffenlieferungen Deutschlands stark gestiegen sind. Die Stabilisierung von Staaten erreicht man, indem die Fluchtursachen wirklich angegangen werden: eine gerechte Handelspolitik (die EU macht das Gegenteil), eine starke Beschränkung der Waffenexporte (deutsche Kleinwaffen töten in erheblichem Ausmaß), die Beendigung der Rüstungspiralen der Militärbündnisse (die Ressourcen fehlen bei der Bekämpfung der Not und des Hungers). Unser Lebensstil, die internationalen Wirtschaftsstrukturen, die Klimakatastrophe verschärfen die Konflikte. Die deutsche Regierung setzt vor allem militärische Gewalt ein, die zerstört und neue Gewalt und Gewalttäter hervorbringt.

Nötig ist ein grundlegender Wechsel zur Gewaltfreiheit, zu der auch Papst Franziskus zum Weltfriedenstag im Januar 2017 aufrief. Auch Papst Benedikt betonte 2007, die christliche Gewaltfreiheit »besteht nicht darin, sich dem Bösen zu ergeben, sondern auf das Böse mit dem Guten zu antworten«. Das bedeutet den Vorrang der zivilen Konfliktbearbeitung vor militärischer Gewalt, langwierige Gespräche und Verhandlungen, die Gleichheit und Souveränität aller Staaten zu achten, den Ausbau der freiwilligen Friedensdienste, die Verstärkung der Friedensbildung in den Schulen, Rüstungskonversion, Transparenz (etwa beim Bundessicherheitsrat, bei der Militärlobby).

Die evangelische Landeskirche ging mit einer Erklärung zu deutschen Rüstungsexporten mutig voran. Wo bleiben andere?

Warum ich zur Wahl gehe



Es ist so selbstverständlich, in einem demokratisch verfassten Staat an Parlamentswahlen teilzunehmen, dass es eigentlich keiner weiteren Begründung bedarf. Immerhin ist jeder und jede Wahlberechtigte als Teil des Souveräns aufgerufen, seine bzw. ihre Mitspracherechte für eine Legislaturperiode den geeignet erscheinenden Kandidaten zu übertragen.

Aber in Zeiten sinkender Wahlbeteiligung bzw. wachsender populistischer Strömungen ist es mir besonders wichtig, meine Mitverantwortung wahrzunehmen für die Zusammensetzung des neuen Bundestages, die über die Möglichkeiten künftigen politischen Handelns entscheidet. Denn unsere Bundesrepublik mit ihrer zunehmend gespaltenen Gesellschaft steht vor gewaltigen Herausforderungen in einer sich immer schneller wandelnden und friedloser werdenden Welt.

Als wichtige Aufgabe bei der inneren Entwicklung sehe ich dabei die Rückkehr zur Sozialen Marktwirtschaft und damit die Verminderung der in Zeiten neoliberaler Politik verursachten Spaltung in unserer Gesellschaft, und dies alles möglichst ökologisch-

nachhaltig, um den Klimawandel nicht weiter zu beschleunigen. Für unseren Auftritt in Europa sollte dann das Stichwort »Solidarität« gelten, um die politische Zusammenarbeit zu vertiefen und den gemeinsamen Interessen der europäischen Bürger und Bürgerinnen bald eine vernehmbarere Stimme zu geben.

Schließlich müssen wir nach meiner Ansicht unsere internationalen Beziehungen überdenken. Keinesfalls sollten wir weiterhin alternativlos auf die – unter Präsident Trump unsichere und unberechenbare – Führung durch die USA setzen und zusätzliche zig Milliarden jährlich in die Aufrüstung pumpen. Neben einer Einbeziehung Russlands in ein Sicherheitskonzept – statt der bisherigen Konfrontation – brauchen wir dafür vor allem einen anderen, fairen Umgang mit den weniger entwickelten Staaten der Erde. Hier müsste letztlich auch der UNO eine gewichtigere und verbindlichere Rolle zukommen.

Es ist höchste Zeit, unsere Zukunft zu gestalten. Deshalb gehe ich am 24. September wählen – und ich weiß auch schon, wen (nicht).

Elisabeth Wiest, Kirchheim

Warum ich zur Wahl gehe



Es ist mir sehr wichtig, wählen zu gehen. Überall auf der Welt kann man beobachten, was passiert, wenn man von diesem Recht keinen Gebrauch macht oder es gar nicht erst besitzt. Ich möchte auf keinen Fall durch Nichtwählen rechte Parteien unterstützen, denn Werte wie Toleranz und Hilfsbereitschaft sind mir besonders wichtig.

Für die Wahl im September sind die Themen »Rüstungsexport« und »Asylrecht« besonders entscheidend für mich. Ich will nicht akzeptieren, dass Menschen aus ihrer Heimat vor deutschen Waffen fliehen müssen und die Bundesrepublik hilfesuchende Menschen in »sichere« Länder zurückschickt, für die das Auswärtige Amt Reisewarnungen herausgibt.

Sarah Gräber, Stuttgart



Es ist mir sehr wichtig, im September 2017 zur Bundestagswahl zu gehen und mein Wahlrecht in Anspruch zu nehmen. Wählen zu dürfen ist für mich keine Selbstverständlichkeit, sondern eine Chance und ein Privileg, die Demokratie selbst mitzugestalten.

In der Politik liegen mir diese Themen besonders am Herzen: soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz und ein liberales Europa mit einer starken EU. Meiner Meinung nach sind diese Themen in den vergangenen Jahren immer wieder zu kurz gekommen.

Von der künftigen Regierung erwarte ich mir auch im Hinblick auf kommende Generationen, eine gerechte und nachhaltige Vision der Zukunft für Deutschland und die Welt zu entwickeln und dafür mit mehr Mut und Selbstbewusstsein einzustehen.

Laura Schall, Bad Cannstatt



Warum ich bei der Bundestagswahl meine Stimmen abgebe

Am Ende fast jeder Predigt und Schulstunde weise ich darauf hin, dass es wichtig ist, was wir denken, wie wir uns entscheiden und dass wir unsere Meinung öffentlich machen. Denn nicht erst bei den Wahlen werfen wir unsere Stimme in die Waagschale, schon bei jeder

Meinungsumfrage bestimmen wir Politik mit. Kanzlerin Merkel sagte zunächst in der Flüchtlingsfrage: »Wir können nicht alle aufnehmen.« Als das Mitgefühl in der Bevölkerung mit den Ertrunkenen immer größer wurde, schwenkte sie um und verkündete: »Wir schaffen das!« Nachdem die Hetze gegen Flüchtlinge lauter wird, will sie durch die Abschiebepolitik des Innenministers wieder Wählerstimmen fangen und mit der CSU Frieden schließen.

Was ist mir bei der Wahl wichtig?

Als Christ, der sich an der Botschaft Jesu vom Reich Gottes orientieren will, geht es mir um die Überwindung der neoliberalen Politik. Sie ist im Sinne Jesu Dienst für den Götzen Mammon. Dieser Dienst ist unvereinbar mit dem Dienst für den barmherzigen Gott (Mt 6,24). Es muss deshalb darum gehen, die in den letzten Jahrzehnten vollzogene Umverteilung von unten nach oben umzukehren nach dem Motto »Macht euch Freunde mit dem ungerechten Mammon« (Lk 16,9). Dies bedeutet eine Steuerentlastung für untere und mittlere Einkommen und eine stärkere Besteuerung der höheren Einkommen, die jahrzehntelang gut funktioniert hat. Die Kapitaleinnahmen müssen höher besteuert werden als die Arbeitseinkommen; Erbschaftssteuer und Vermögenssteuer müssen als Umverteilungsinstrument stärker genutzt werden. Mietwucher muss effektiver bekämpft werden. Im internationalen Bereich müssen Rüstungsausgaben gekürzt werden zugunsten einer Entwicklungshilfe, die nicht unserem Export, sondern den betroffenen Armen hilft.

*Friedrich Gehring,
evang. Pfarrer im »Unruhestand«, Backnang*

Gewaltfreiheit wirkt!



2 von 55 Erfolgen für die Gewaltfreiheit

1923 Ruhrgebiet, Deutschland

Passiver Widerstand gegen die französische und belgische Besatzung verhindert den Abtransport von Kohle, der als Reparationsleistung von Deutschland gefordert wird.

1968–1998 Nordirland

Obwohl die gewaltfreie Kampagne für Bürgerrechte von paramilitärischer Gewalt sabotiert wird, baut die unbeirrte Arbeit der Corrymeela-Gemeinschaft und ähnlicher Gruppen Brücken über die Grenzen der Konfessionen hinweg und bahnt so den Weg zum Waffenstillstand und zur Beilegung der Kämpfe.

Hinweise für Verhalten in Bedrohungssituationen

Indem wir uns unsere Ängste und Handlungsgrenzen bewusst machen, erfahren wir gleichzeitig auch mehr über den Bereich, der zwischen diesen Grenzen liegt. Oft unterschätzen wir die Vielfalt unserer Möglichkeiten. In Rollenspielen und konkreten Übungen zum Umgang mit direkter Gewalt können wir neue Antworten auf Konfliktsituationen entdecken. Verhaltenstrainings bieten uns die Chance, bisher ungewohntes Verhalten auszuprobieren, zu verändern und einzuüben.

Vorbereiten

Bereite dich auf mögliche Bedrohungssituationen seelisch vor: Spiele Situationen für dich alleine und (im Gespräch) mit anderen durch. Werde dir grundsätzlich darüber klar, zu welchem persönlichen Risiko du bereit bist. Es ist besser, sofort die Polizei zu alarmieren, als nichts zu tun.

Ruhig bleiben

Panik und Hektik vermeiden und möglichst keine hastigen Bewegungen machen, die reflexartige Reaktionen herausfordern könnten. Ruhe und Umsicht helfen dir, kreativer mit der Situation umzugehen, eine gewisse Souveränität zu bewahren, und es wirkt entspannend auf andere Beteiligte.

Aktiv werden

Wichtig ist, sich von der Angst nicht lähmen zu lassen. Eine Kleinigkeit zu tun ist besser, als über große HeldInnen-taten nachzudenken. Jede Aktion verändert die Situation, kann deeskalierend wirken oder zumindest andere motivieren, ihrerseits einzugreifen.

Gehe aus der dir zugewiesenen Opferrolle – hilf anderen heraus

Wenn du angegriffen wirst, flehe nicht und verhalte dich nicht unterwürfig. Sei dir über deine Prioritäten im Klaren und zeige deutlich, was du willst. Ergreife die Initiative, um die Situation in deinem Sinne zu prägen. Wenn du anderen zu Hilfe kommst: Wende dich direkt an das Opfer, sprich sie/ihn direkt an, unterstütze sie/ihn, aber handle nicht für sie/ihn und fokussiere nicht auf den/die AngreiferInnen.

Halte den Kontakt zum/zur GegnerIn/AngreiferIn

Stelle Blickkontakt her – so kulturell und der Situation angemessen – und versuche, ein Gespräch herzustellen bzw. aufrechtzuerhalten. Mache dich bekannt. Zeige der/dem AngreiferIn, dass du eine Person mit einem Namen bist. Sprich dabei laut, sodass auch umstehende Personen mitbekommen, was hier passiert.

Reden und Zuhören

Teile das Offensichtliche mit, sprich ruhig, laut und deutlich. Höre zu, was dein/e GegnerIn/AngreiferIn sagt. Daraus kannst du eventuell ihre/seine nächsten Schritte ableiten.

Nicht drohen oder beleidigen

Mache keine geringschätzigen Äußerungen über den/die AngreiferInnen. Versuche nicht, ihn/sie einzuschüchtern, ihm/ihr zu drohen oder Angst zu machen. Kritisiere sein/ihr Verhalten, aber werte ihn/sie nicht persönlich ab.

Hole dir Hilfe

Sprich nicht eine anonyme Masse an, sondern einzelne Personen. Dies gilt sowohl für Opfer als auch für ZuschauerInnen, die eingreifen wollen. Viele sind bereit zu helfen, wenn jemand anderes den ersten Schritt macht oder wenn sie persönlich angesprochen werden.

Tue das Unerwartete

Falle aus der Rolle, sei kreativ und nutze den Überraschungseffekt zu deinem Vorteil aus.

Vermeide möglichst jeden Körperkontakt

Wenn du jemandem zu Hilfe kommst, vermeide es möglichst, den/die AngreiferInnen anzufassen, es sei denn, ihr seid zahlenmäßig in der Überzahl, sodass ihr jemanden beruhigend festhalten könnt. Körperkontakt ist in der Regel eine Grenzüberschreitung, die zu weiterer Aggression führt. Wenn möglich, nimm lieber direkten Kontakt zum Opfer auf.

(Quelle: Ulli Laubenthal & Peter Steudtner, in Anlehnung an die 10 Regeln von milan, Graswurzelwerkstatt Köln)



Gewaltfreiheit wirkt!

5 von 55 Erfolgen für die Gewaltfreiheit

1944 Guatemala

Mit friedlichen Demonstrationen von StudentInnen und Streiks, die die Hauptstadt lahmlegen und der Polizeigewalt trotzen, wird der Diktator General Ubico gestürzt.

1982 Niederlande

Eine breite Bewegung mit Demonstrationen von 400.000 Menschen verhindert die Stationierung von Cruise Missiles.

1989–1991 Kasachstan

Großdemonstrationen und politische Lobbyarbeit gegen ein Atomtestgelände führen zum Teststopp und zur Schließung des Geländes.

Vortrag mit Diskussion: »Fluchtursachen erkennen – unser Leben verändern«

Der Vortrag (siehe auch »Termine« rechts) will Orientierung bieten, dass die Not der Menschen auf der Welt etwas mit uns zu tun hat. Deshalb beschäftigt sich der Referent mit den Fluchtursachen der 65 Millionen Menschen, die auf der Suche nach Schutz sind. An ausgewählten Fluchtursachen, die von den Hilfswerken Misereor, Caritas usw. identifiziert wurden, wird unsere Mitverantwortung in Deutschland und Europa thematisiert. Was unternehmen Politik, Kirche, Verbände und Kampagnen gegen diese Fluchtursachen? Wie entwickelt sich unsere Gesellschaft mit der Erkenntnis, das Leben und Handeln zu verändern, weiter? Das Ziel ist, Fluchtursachen zu vermeiden.

Referent:
Harald Hellstern,
pax christi (Kommission Rüstungsexport),
Diözesanrat

Ablauf, Technik und Kosten:

Der Referent bietet diesen Vortrag auch für Gruppen an. Die Bilder und Texte einer Power-Point-Präsentation sowie der inhaltliche Kommentar geben den Einblick ins Thema. Die Veranstaltung mit Vortrag und Diskussion dauert rund 2 Stunden. Fahrtkosten und Aufwandsentschädigung nach Absprache. Falls nicht vorhanden, bringt der Referent Laptop, Beamer und Kabel mit. Den Raum und die Leinwand oder eine weiße Wand organisiert der Veranstalter.

Termine

September 2017

06.–10.09., Untermarchtal
Bibelcamp im Kloster Untermarchtal:
»Im Wort Gott und den Menschen in der Weltkirche begegnen«; Infos und Anmeldung unter www.bildungsforum-kloster-untermarchtal.de

21.09., 19 Uhr, Schwäbisch Gmünd
»Friedensbildung als praktisches, schulübergreifendes Projekt im Ostalbkreis«, PH Schwäbisch Gmünd, Oberbettringer Str. 200

29.09.–01.10., Oberdisingen
pax christi-Diözesanversammlung;
Thema: »Wer keine Visionen hat, sollte zum Arzt gehen! – Friedensarbeit braucht einen Blick fürs große Ganze!«
Oberdisingen, Haus Jakobus

Oktober 2017

11.10., 19.30 Uhr, Schwäbisch Hall
»Krieg und Frieden – Globale Zusammenhänge und konkrete Impulse für die Friedensbildung«; Vortrag von Richard Bösch in Zusammenarbeit mit der keb Schwäbisch Hall; Kath. Gemeindehaus St. Maria, Hirtengasse 31, 74523 Schwäbisch Hall-Hessental

21.10., 9.30–18 Uhr, Rottenburg
Diözesaner Ehrenamtskongress mit Beteiligung von pax christi Rottenburg-Stuttgart; Festhalle Rottenburg

November 2017

12.–22.11.
Ökumenische Friedensdekade;
Thema: »Streit«

14.11., 19–21 Uhr, Stuttgart
»Fluchtursachen erkennen – unser Leben verändern«;
Referent: Harald Hellstern, Stuttgart;
Haus der Katholischen Kirche, Stuttgart



Impressum

Herausgegeben von
pax christi
Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart
Karlsruher Str. 3
70771 Leinfelden-Echterdingen
Tel.: (0711) 9791–216
Fax: (0711) 9791–159
E-Mail: Paxchristi-rs@bo.drs.de
www.rottenburg-stuttgart.paxchristi.de

Geschäftsführer und Referent für Friedensbildung:
Richard Bösch (Adresse wie oben)

Vorsitzender:
Reinhold Gieringer
Am Bauschberg 40
72108 Rottenburg
Tel.: (07472) 41383
reinhold.gieringer@web.de

Geistliche Beirätin:
Birgit Clemens
Adlerweg 4
73326 Deggingen
Tel.: (07334) 924718
birgit.clemens@web.de

Geistlicher Beirat:
Dr. Wolfgang Gramer
Bietigheimer Str. 9/2
74321 Bietigheim-Bissingen
Tel.: (07142) 7095011
woleole@gmx.de

Bankverbindung:
Pax-Bank eG
IBAN: DE09 3706 0193 6031 9140 17
BIC: GENODED1PAX

Redaktion:
Susanne Hellstern
Christian Turrey
(Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die persönliche Meinung der Verfasser wieder)

Gestaltung:
Birgit Weber

Druck:
UWS Papier & Druck GmbH, Stuttgart

Versand:
Neckartalwerkstätten, Stuttgart
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Auflage: 750 Exemplare

1990 Südafrika

Nelson Mandela gibt Südafrika, dank seiner Haltung der Vergebung, mit dem Ende der Apartheid Hoffnung auf eine friedvolle Zukunft. Das Apartheidsregime war durch den Boykott von Sportveranstaltungen und Waren auch aus dem Ausland maßgeblich erschüttert worden.

1998 Australien

Die Sorry-Buch-Kampagne sammelt Unterschriften Tausender AustralierInnen als Bitte um Entschuldigung für frühere Menschenrechtsverletzungen gegen die eingeborene Bevölkerung.



Dankgebet im Sommer

Früh am Morgen
Vögel zwitschern und pfeifen in allen Höhenlagen
läuten mit ihrem Jubilieren einen neuen Tag ein –
Sommerkonzert

Mitten am Tag
unterwegs mit dem Rad
oder beim Spaziergehen durch Wald und Flur
lichtdurchflutetes Grün ringsum
mit farbenfrohen Blumen –
Sommerfarben

Am Nachmittag
träge in einer bunten Hängematte schaukeln
Wolken beobachten, ein leichtes Lüftchen spüren
und die Zeit vergessen –
Sommergefühle

Spät am Abend
auf der Terrasse gemütlich mit einem Glas Wein sitzen
den Tag Revue passieren lassen
und die Dämmerung beobachten –
Sommerabend

Dank sei Gott – es ist endlich Sommer!